

# Freier Handel trotz scharfer Schüsse

Gewerkschaften laufen Sturm gegen EU-Pläne für Abkommen mit Kolumbien

Von Werner Balsen

**Brüssel.** Die bewaffnete Gruppe ging sofort auf die Arbeiter los. Mit Schüssen vertrieb sie 185 Männer und Frauen von der Finca Palo Alto und verletzte Miguel Augusto Torregroza. Die Vertriebenen, sonst mit der Gewinnung von Palmöl beschäftigt, protestieren seit Weihnachten dagegen, dass die Geschäftsführung ihnen Löhne vorenthält. Gerade waren sie in die Gewerkschaft eingetreten.

Wer sich Arbeitnehmerverbänden anschließt, lebt gefährlich in Kolumbien. Seit Beginn der 1990er fielen über 2300 Gewerkschafter Mordanschlägen zum Opfer. Als Urheber gelten Paramilitär - die Arbeitnehmer in Kolumbien sollen schutzlos bleiben. Recherchen des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB) zufolge werden mehr als zwei Dritteln von ihnen grundlegende Arbeits- und Sozialrechte verweigert. Deswegen haben die USA, Kanada und Norwegen Verhandlungen mit der Regierung in Bogotá über Freihandelsabkommen auf Eis gelegt. Anders die EU: Vertreter der EU-Kommission und Kolumbiens beginnen am heutigen

Montag mit abschließenden Verhandlungen über einen solchen Vertrag, der bis Frühsommer perfekt sein soll. Ein Freihandelsabkommen garantiert den Kolumbianern, dass sie ihre Waren - vor allem Öl, Ölprodukte, Kohle und Agrargüter - zollfrei in die EU einführen dürfen. Umgekehrt können europäische Konzerne problemlos in dem südamerikanischen Staat investieren, worauf besonders Unternehmen aus Spanien wie der Telekommunikationsriese Telefónica oder der Energiekonzern Endesa warten.

Kolumbiens prekäre politische Lage ist in Brüssel bekannt. Aber während die USA kein Handelsabkommen abschließen wollen, weil es die umstrittene Politik von Präsident Álvaro Uribe legitimieren würde, glaubt die EU, durch einen Vertrag die Lage entspannen zu können. "Die Behörden haben doch eine Reihe von Fortschritten bei den Menschen- und Arbeitsrechten erreichen können", betont der Sprecher des zuständigen Kommissars Karel De Gucht und unterstreicht: "Es macht keinen Sinn, Kolumbien zu isolieren."

Das bringt die europäischen Arbeitneh-

merorganisationen auf die Palme. "Ein Handelsabkommen mit Kolumbien wäre ein Schlag ins Gesicht der kolumbianischen und der globalen Gewerkschaftsbewegung", so IG-Metall-Chef Berthold Huber. Beim Europäischen Gewerkschaftsbund heißt es: "Wenn die internationale Gemeinschaft nicht handelt, werden in Kolumbien weitere Gewerkschafter sterben."

Bevor das Abkommen in Kraft treten kann, müssen der EU-Ministerrat, also die Regierungen der Mitgliedstaaten, und das Europäische Parlament zustimmen. Die Gewerkschaften setzen auf die Abgeordneten. Eine Schlüsselrolle spielen die Sozialisten im Parlament. Dort sind die deutschen Sozialdemokraten gegen das Abkommen, die Spanier dafür. Viel wird vom Fraktionschef Martin Schulz abhängen. Er war bis zum Wochenende in Kolumbien, um sich ein Bild zu machen. In einem Brief an den "lieben Martin" bittet DGB-Chef Michael Sommer Schulz "nachdrücklich, dich dafür einzusetzen, dass das Europäische Parlament seiner Verantwortung gerecht wird".